

Spar-Kommissare haben die Kultur im Visier

Vorschläge des Landesrechnungshofs für die Stadt Kiel

Kiel – Hafenhäuser verkaufen, auf Ballett und Stadtgalerie verzichten, Tiergehege schließen: Die Spar-Vorschläge des Landesrechnungshofes für Kiel haben es in sich. Die Stadt bereitet eine Stellungnahme für die politische Beratung im Rat vor.

Schon Anfang des Jahres informierte der Landesrechnungshof die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster über die Ergebnisse ihrer Überprüfungen, die er etwa alle fünf bis sieben Jahre im gesetzlichen Auftrag vornimmt. „Wir sehen dies als Serviceleistung, Ratschläge zu geben, um Verwal-

tung besser, wirtschaftlicher, sparsamer und rechtmäßiger zu machen“, erläutert Claus Asmussen, Abteilungsleiter Kommunen beim Landesrechnungshof. Das erste Mal jedoch wurden vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung alle vier Städte parallel geprüft.

Welche Stadt dabei in welchen Punkten besser oder schlechter abschnitt, darüber machen die Prüfer erst dann Angaben, wenn die jeweiligen Stellungnahmen der Kommunen vorliegen. In Kiel wird dies erst nach der Sommerpause der Fall sein. Doch der jüngste Bericht der städtischen Rechnungsprüfer, der heute im Finanzausschuss beraten wird, listet schon mal die wesentlichen Forderungen des Gremiums auf: Danach hält der Landesrechnungshof ein

Einsparpotenzial von 35 Millionen Euro pro Jahr für notwendig, um in den nächsten Jahren das Ende des Haushaltstunnels durch einen ausgeglichenen Etat in Kiel zu erreichen. Das geht seiner Ansicht nach jedoch nur dann, wenn alle vier Städte auf neue Großprojekte verzichten. Das Science Center stellt danach für Kiel ein erhebliches finanzielles Risiko dar ebenso wie die Einführung einer StadtRegionalbahn. Wie die städtischen Rechnungsprüfer dringt der Landesrechnungshof auf den Wegfall von Aufgaben. Ohne den werde sich kein Konsolidierungserfolge ergeben.

Weitere Vorschläge, um die Ausgaben zu reduzieren, sind unter anderem, die Zuschüsse an die Infektionsambulanz des Städtischen Krankenhauses und an die Aids-Hilfe ebenso

zu kürzen wie die Fraktionszuwendungen und die Zahl der bisher neun Ausschüsse zu verringern. Der Spar-Kommissarblick traf vor allem den Kulturbereich, der nicht nur aufs Ballett und Stadtgalerie verzichten, sondern in Kooperation mit dem Lübecker Theater Sparten reduzieren soll.

Manches ist nicht neu, tauchte bereits in den umstrittenen Spar-Gutachten auf, die die Stadt an Externe vergeben hat. Doch die Ratschläge gehen oft noch weiter: So sind die Prüfer überzeugt, dass die Stadt ihre 49 Prozent der Stadtwerke-Anteile und das medizinische Versorgungszentrum (Tochter des Städtischen Krankenhauses) verkaufen sollte. Zündstoff birgt ebenso der Rat, die Eintrittspreise für Schwimmbäder zu erhöhen

sowie die Personalbemessung und -vergütung in den städtischen Kitas „mit dem Ziel der Kostenreduzierung“ zu überprüfen.

Asmussen räumt einen strengen Maßstab ein, da die Haushaltslage der Städte sehr ernst sei. Trotzdem hofft er auf eine zumindest „konstruktive Auseinandersetzung“ mit den Vorschlägen im Kieler Rathaus. Aus Sicht der Verwaltung liefern die Anregungen „wertvolle Ergänzungen der laufenden Reformprozesse“. Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz wertet den Bericht als Unterstützung für den eingeschlagenen Haushaltskurs: Wie erfolgreich der sei, zeige der Nachtragshaushalt 2007. Der schloss, wie berichtet, mit einem Überschuss von etwa sieben Millionen Euro ab. mad